



Hoch Festsetzungen:

WA	allgemeines Wohngebiet gem. § 4 BauNVO
MD	Dorfgebiet gem. § 5 BauNVO
MI	Mischgebiet gem. § 6 BauNVO

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

- 1. Festsetzungen:**
- Grenze des räumlichen Geltungsbereiches
 - Streckenverkehrsfläche mit Angabe der Breite
 - Fußweg oder bedingt befahrbare Fläche
 - Parkplatz
 - Stellplätze für Garagen oder Bäumeinbauten (s. auch Ziffer 4 "weitere Festsetzungen")
 - Abbaubereich entlang der Kreisstraße
 - Mischblock, diese Fläche ist von einer Bebauung, Einfriedung, Abgrenzung und Begrünung in einer Höhe von 1,80 m über oberste Straßeneinfriedung, bzw. Freizeitanlagen
 - Straßenbegrenzungslinie
 - Baugrenze
 - zwingende Baulinie
 - Talseite zweigeschossige, bergseite eingeschossige Bauweise mit Giebelhöhe 25'
 - Talseite zweigeschossige, bergseite eingeschossige Bauweise mit Giebelhöhe 25' - 30' Ausbau des Dachgeschosses nach Art. 67 Abs. 2 möglich (s. auch Ziffer 3 "weitere Festsetzungen")
 - Zweigeschossige Bauweise mit Giebelhöhe 25' - 30' Ausbau des Dachgeschosses nach Art. 67 Abs. 2 möglich (s. auch Ziffer 3 "weitere Festsetzungen")
 - anzahl der Vollgeschosse (Höhenbegrenzung)
 - Allgemeine Festsetzungen hinsichtlich der Höhenbegrenzung der Gebäude
 - a) für Bereiche der oberen Ebene des Bauwerks: Überkante der Gebäude bis über die obere Ebene des Dachgeschosses 30 cm, gemessen an der gegenüberliegenden Hausecke
 - b) für Bereiche der unteren Ebene des Bauwerks: Überkante der Gebäude bis über die obere Ebene des Dachgeschosses 30 cm, gemessen an der gegenüberliegenden Hausecke
 - c) für Rückwände und 2. Grundstücke, welche an der Höhe liegen, die senkrecht und zu den Höhenlinien verlaufen, gelten die b) als Maßstab
 - Verändert oder vergrößert festgesetzte Abstandsflächen gem. Art. 67 Abs. 2
 - Grünflächen
 - Parkplätze
 - Kinderspielplatz
 - Stehende Gebäude mit Angabe der vorhandenen Flächennutzung und der bereits vorhandenen Maß der baulichen Nutzung. Das zukünftige Maß der baulichen Nutzung richtet sich nach den Festsetzungen dieses Bebauungsplanes
 - Im Baukörper untergebracht oder unterzubringende Garagen
 - Talseite dreigeschossige, bergseite zweigeschossige Bauweise mit Giebelhöhe 25' - 30' Ausbau des Dachgeschosses nach Art. 67 Abs. 2 möglich (s. auch Ziffer 3 "weitere Festsetzungen")
 - Mit Leitungsrechten zu belastende Flächen und Brunnengänge
 - Fläche für Aufstufungen
- 2. Hinweise:**
- vorhandene Grundstücksgrenzen
 - vorhandene Grundstücksteilung
 - Höhenlinie
 - Flurkataster Nummer
 - Bestehende Hauptgebäude
 - Bestehende Nebengebäude
 - Bebauungsfläche
 - Stützmauer (s. auch Maßstab 1:500, 1:1000)
 - vorhandene Verkehrsfläche (s. auch Maßstab 1:500, 1:1000)
 - Abwasserleitung

- Die bauliche Nutzung des Baugrundstückes innerhalb des Geltungsbereiches ist der beiliegenden Planung zu entnehmen.
- Die Grundflächenzahl (GFZ) und die Geschosflächenzahl (GFZ) sind nach § 17 BauNVO geregelt.
- Baugeschosshöhen sind festgesetzt, soweit diese den Art. 67 Abs. 2 nicht überschreiten. Abstände über eine Höhe von 1,80 m sind zulässig.
- Bei Grenzbebauung sind die Abmessungen und in der Regel die Höhe der Gebäude zu bestimmen. Sie erhalten die Höhe der Gebäude bis über die obere Ebene des Dachgeschosses 30 cm, gemessen an der gegenüberliegenden Hausecke. Die Höhe der Gebäude ist ein Maßstab von 5 m Höhe anzunehmen. Dieser Maßstab ist für öffentliche Verkehrsflächen nicht abgrenzungsgerecht festgelegt worden. Bei Einhaltung dieser Höhenbegrenzung, welche zulässig der Höhe zu stehen können, zu nicht zulässigen unterliegen können.
- Einrichtungen an Gebäuden sind festgesetzt. Sie sind jedoch bis zu einer Höhe von 1,80 m über oberste Gebäudemasse zulässig. Einbauten an der Straßenseite sind in Steinmauern, Mauerwerk, Sichtbeton, Holz oder Stahlblech auszuführen. An der Straßenseite und rückwärtigen Seite sind Anstricharbeiten zulässig.
- Die bauliche Nutzung ist an der Höhe zu ermitteln. Die Höhe der Gebäude ist ein Maßstab von 5 m Höhe anzunehmen. Dieser Maßstab ist für öffentliche Verkehrsflächen nicht abgrenzungsgerecht festgelegt worden. Bei Einhaltung dieser Höhenbegrenzung, welche zulässig der Höhe zu stehen können, zu nicht zulässigen unterliegen können.
- Die bauliche Nutzung ist an der Höhe zu ermitteln. Die Höhe der Gebäude ist ein Maßstab von 5 m Höhe anzunehmen. Dieser Maßstab ist für öffentliche Verkehrsflächen nicht abgrenzungsgerecht festgelegt worden. Bei Einhaltung dieser Höhenbegrenzung, welche zulässig der Höhe zu stehen können, zu nicht zulässigen unterliegen können.
- Die bauliche Nutzung ist an der Höhe zu ermitteln. Die Höhe der Gebäude ist ein Maßstab von 5 m Höhe anzunehmen. Dieser Maßstab ist für öffentliche Verkehrsflächen nicht abgrenzungsgerecht festgelegt worden. Bei Einhaltung dieser Höhenbegrenzung, welche zulässig der Höhe zu stehen können, zu nicht zulässigen unterliegen können.
- Die bauliche Nutzung ist an der Höhe zu ermitteln. Die Höhe der Gebäude ist ein Maßstab von 5 m Höhe anzunehmen. Dieser Maßstab ist für öffentliche Verkehrsflächen nicht abgrenzungsgerecht festgelegt worden. Bei Einhaltung dieser Höhenbegrenzung, welche zulässig der Höhe zu stehen können, zu nicht zulässigen unterliegen können.
- Die bauliche Nutzung ist an der Höhe zu ermitteln. Die Höhe der Gebäude ist ein Maßstab von 5 m Höhe anzunehmen. Dieser Maßstab ist für öffentliche Verkehrsflächen nicht abgrenzungsgerecht festgelegt worden. Bei Einhaltung dieser Höhenbegrenzung, welche zulässig der Höhe zu stehen können, zu nicht zulässigen unterliegen können.
- Die bauliche Nutzung ist an der Höhe zu ermitteln. Die Höhe der Gebäude ist ein Maßstab von 5 m Höhe anzunehmen. Dieser Maßstab ist für öffentliche Verkehrsflächen nicht abgrenzungsgerecht festgelegt worden. Bei Einhaltung dieser Höhenbegrenzung, welche zulässig der Höhe zu stehen können, zu nicht zulässigen unterliegen können.
- Die bauliche Nutzung ist an der Höhe zu ermitteln. Die Höhe der Gebäude ist ein Maßstab von 5 m Höhe anzunehmen. Dieser Maßstab ist für öffentliche Verkehrsflächen nicht abgrenzungsgerecht festgelegt worden. Bei Einhaltung dieser Höhenbegrenzung, welche zulässig der Höhe zu stehen können, zu nicht zulässigen unterliegen können.
- Die bauliche Nutzung ist an der Höhe zu ermitteln. Die Höhe der Gebäude ist ein Maßstab von 5 m Höhe anzunehmen. Dieser Maßstab ist für öffentliche Verkehrsflächen nicht abgrenzungsgerecht festgelegt worden. Bei Einhaltung dieser Höhenbegrenzung, welche zulässig der Höhe zu stehen können, zu nicht zulässigen unterliegen können.
- Die bauliche Nutzung ist an der Höhe zu ermitteln. Die Höhe der Gebäude ist ein Maßstab von 5 m Höhe anzunehmen. Dieser Maßstab ist für öffentliche Verkehrsflächen nicht abgrenzungsgerecht festgelegt worden. Bei Einhaltung dieser Höhenbegrenzung, welche zulässig der Höhe zu stehen können, zu nicht zulässigen unterliegen können.
- Die bauliche Nutzung ist an der Höhe zu ermitteln. Die Höhe der Gebäude ist ein Maßstab von 5 m Höhe anzunehmen. Dieser Maßstab ist für öffentliche Verkehrsflächen nicht abgrenzungsgerecht festgelegt worden. Bei Einhaltung dieser Höhenbegrenzung, welche zulässig der Höhe zu stehen können, zu nicht zulässigen unterliegen können.

GEMEINDE SCHWANFELD
 LKR. SCHWEINFURT
 BEBAUUNGSPLAN „AN DER STEIG“

M = 1 : 1000

Genehmigung durch den Rat der Gemeinde Schweinfurt am 16. Dez. 1977
 Entwurf: W. Eduard
 Datum: 11.4.1978
 Genehmigt am: 15.9.1978

Der Entwurf dieses Bebauungsplanes mit Begründung hat über die Dauer eines Monats, vom 31. Okt. 1977 bis 1. Dez. 1977, öffentlich ausgelegt. Ort und Zeit der öffentlichen Auslegung sind am 21. Okt. 1977 ortsüblich bekanntgemacht worden.

Schwanfeld, 5. Dez. 1977
 1. Bürgermeister

Schwanfeld, 20. Dez. 1977
 1. Bürgermeister

Schwanfeld, 10.05.1978
 Der Bebauungsplan ist gemäß § 11 Abs. 2 Nr. 2-0-610 genehmigt worden.

Schweinfurt, Landratsamt
 I. A. Jansen
 Jansen
 1. Bürgermeister

Die Genehmigung des Bebauungsplanes ist am 08.06.1978 ortsüblich durch Bekanntmachung im Amtsblatt der Gemeinde Schweinfurt Nr. 14 nach § 12, Satz 3 BbgG rechtsverbindlich.

Schwanfeld
 Waigolshausen, Theilheim, den 22.8.1978